Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 180. **Donnerstag** den 29. Juni 1882. **76. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Schleusen III. Classe in einigen Straßen der Ostvorstadt soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleusen in der Ostvorstadt"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **8. Juli d. J., Nachmittags 6 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 19. Juni 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Der Bau der II. Strecke der östlichen Vorfluthschleuse vom Tauchaer Thorhaus an, der Langen Straße entlang bis zur Dresdener Straße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Bau der Oestlichen Vorfluthschleuse II. Strecke betr."
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. Juli cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 25. Juni 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Erledigt

hat sich die unterm 10. Juni cr. hinter den Schneider **Johann Friedrich Kotte** erlassene Recherche.

Leipzig, den 20. Juni 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. S.

Auction.

Freitag, den 30. Juni 1882, 10 Uhr Vormittags sollen im Grundstücke Nr. 1, 4. Etage am Theaterplatz allhier, 1 Partie Möbel, darunter: 3 Sophas, 1 Schreibpult von Nußbaum, 3 Kleiderschränke, 1 Waschtisch mit Marmorplatte, Rohrstühle, einige Oelgemälde, 5 Teppiche, 2 Spiegel, 1 Regulator, sowie ferner silberne Eß- und Kaffeelöffel, 1 Goldschmuck in Etui und verschiedene andere Haus- und Wirthschaftsgeräthe öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 27. Juni 1882.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Thierbach.

Bekanntmachung.

Bei der am 16. Januar d. J. notariell erfolgten zwölften Auslosung der planmäßig zur Rückzahlung bestimmten Obligationen unserer Anleihe vom Jahre 1870 sind

1) von den 4procentigen Obligationen die Nummern
49, 94, 165,
2) von den 4½procentigen Obligationen die Nummern
268, 278, 353, 497

gezogen worden.

Diese Obligationen sind **vom 1. Juli c. ab** an der Casse des Herrn **Aleg. Wertheimer** (Markt 13, Eingang Hof, Fr. C. L.) **zahlbar, an welchem Tage deren Verzinsung aufhört.**

Die in früheren Auslosungen gezogenen Obligationen sind bis auf **Nr. 1644** eingelöst worden.

Leipzig, am 17. Januar 1882.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Nichtamtlicher Theil.

Reform des Völkerrechts.

Wenn die Wissenschaft dazu berufen wäre, die Streitfragen und Verwickelungen der Völker zu lösen und das Schiedsgericht über Krieg und Frieden zu bilden, es würde im Morgen- und Abendland friedlicher aussehen, als es seit Jahrhunderten der Fall gewesen ist. Jedermann wird die Unmöglichkeit einer Elihu Burritt-Politik einsehen, man rechnet die Friedensapostel in der Regel zu den falschen Propheten; es soll aber immerhin jeder Schritt willkommen geheißen werden, welcher die Bestrebungen unserer künftigen Staatsmänner, welcher die Thätigkeit der Diplomatie mit den Wünschen der Wissenschaft und speciell mit den Regeln des Völkerrechts in Einklang zu bringen sucht.

Auch in diesem Sommer soll wiederum ein Schritt in dieser Richtung gethan werden. In Liverpool wird demnächst der Congreß der „Gesellschaft für Reform und Codification des Völkerrechtes" zusammentreten, und es werden sich, wie man erfährt, viele einflußreiche Leute, viele namhafte Gelehrte aus unserem Deutschland an dieser internationalen Versammlung betheiligen. Man kann Ziele und Zwecke dieser Gesellschaft nur lobend anerkennen. Sie ist bestrebt, feste Grundsätze für das Verfahren der Parteien im Kriege aufzustellen und dadurch jenen Brutalitäten, jener Entmenschlichung vorzubeugen, die so häufig vom Kriege unzertrennlich sind.

Wie es heißt, sollen namentlich in diesem Jahre bezüglich des Seerechtes im Kriege interessante Berathungen stattfinden. Wir bedauern dabei nur, daß der Gesellschaft gerade Das fehlt, was auf den Verlauf von politischen Streitfällen ganz allein von Einfluß sein kann: nämlich die Macht. Alles politische Leben beruht auf Machtfragen; das wird Niemand leugnen können. Wenn nun einem solchen Bunde ein mächtiges und sieghaftes Schwert zur Seite stünde, welches in die Wagschale geworfen werden kann, sobald es sich um Krieg oder Frieden handelt, so würde sich nach und nach eine friedliche Lösung der europäischen Streitfragen anbahnen und die so furchtbar die Völker Europas drückende Kriegsrüstung sich erleichtern lassen. So lange dies aber nicht der Fall ist, wer bürgt dafür, daß die kriegführenden Mächte auch die Satzungen, welche die Gesellschaft zu Papier gebracht hat, befolgen werden? Werden Arabi Pascha oder Bu Amena, wenn sie Krieg führen, sich um diese Satzungen kümmern? Werden es nur die Russen thun, oder das von Haus aus friedlich gesinnte Deutschland?

Anders würde sich die Sache noch gestalten, wenn unsere Herren Diplomaten wenigstens in dem Geiste handelten, in welchem die Satzungen des Völkerrechtes geschrieben sind. Aber ein Blatt hat nicht mit Unrecht dieser Tage die künftigen Staatsmänner mit Ziegeldecken verglichen, die stets dafür sorgen, daß da, wo sie ausbessern, auch gleich ein neuer Schaden entsteht, der dem Reparaturbedürfniß aufs Neue Rechnung trägt. So sind, um nur ein Beispiel anzuführen, unsere Diplomaten verfahren, als es sich um die „Lösung" der griechisch-türkischen Grenzfrage handelte. Die Bestimmungen, wie diese Frage geregelt werden sollte, waren so unklar abgefaßt, daß weder Griechen noch Türken wußten, was sie thun oder lassen sollten; ja es fehlte nicht viel, so wäre es über dieser Angelegenheit zu einem neuen Kriege gekommen.

Ganz ähnlich geht es jetzt in der heillos verfahrenen egyptischen Angelegenheit. Nachdem sich die Mächte eingemischt, um die inneren Angelegenheiten dieses türkischen Vasallenstaates zu ordnen, sind diese in eine wahrhaft gordische Verwirrung gerathen und tragen nunmehr, was das Schlimmste ist, eine geheime Kriegsgefahr für ganz Europa in sich. Zugleich ist die nationale egyptische Bewegung durchaus mit panislamitischen Ideen durchsetzt, welche sich gegen die Europäer kehren, so daß man wieder einmal sagen kann: die Diplomatie hat eine Suppe eingebrockt, bei welcher Derjenige zu bedauern ist, der sie auslöffeln muß.

Man sieht also, nicht allein den übermäßigen Kriegsrüstungen, sondern — auch der diplomatischen Zopfdrechselei müßte entgegen getreten werden, wenn mehr Einvernehmen unter den friedliebenden Mächten erzielt werden sollte. Leider ist die Gesellschaft für Reform des Völkerrechtes nicht dazu im Stande; ihre Berathungen aber mögen aller Welt empfohlen sein als der Hinweis auf ein ideales Ziel, das Herz und Sinn der Völker zu erleuchten im Stande ist.

Leipzig, 29. Juni 1882.

Wie verlautet, wird nunmehr die Session des Bundesrathes am Sonnabend **den 1. Juli** geschlossen, da die noch zu erledigenden Angelegenheiten in dieser Woche abgewickelt werden können. Einzelne grundsätzliche Fragen und Anträge werden jedoch unerledigt bleiben; von diesen sind namentlich hervorzuheben der vom Reichstage angenommene Antrag Windthorst wegen Aufhebung des Expatriirungsgesetzes, der mecklenburg-strelitz'sche Antrag auf Abänderung des Civilstandsgesetzes und der Antrag Sachsens betreffs Abänderung des §. 153 des Reichsstrafgesetzbuches aus dem Abschnitte Meineid. In Bezug auf die erstgenannte Angelegenheit vermag man kein Urtheil über deren endliches Schicksal zu hören; was den mecklenburgischen Antrag anlangt, so wird angenommen, daß eine Beschlußfassung auf den Minoritätsantrag vertagt wird, da eigentlich der Bundesrath sich schon darüber ausgesprochen hat; und endlich der Meineidsantrag wird voraussichtlich in der Session 1882/83 zur Erledigung gelangen.

Die Berliner Regierungspresse behandelt die Ministerkrise mit einer gewissen „Bitterkeit." Die Entlassung Herrn Bitter's, meinen die „B. P. N.", sei zwar angenommen, es sei indessen zu erwarten, daß die Verkündung derselben bis zur Wiederbesetzung des preußischen Finanzministeriums, eventuell des Reichsschatzamtes ausgesetzt sei. Das zuerst genannte Amt habe bei seiner das Ganze der Staatsverwaltung umfassenden Wirksamkeit und bei dem Gewicht, welches das Herrscherhaus von Alters her geordneten und sicher begründeten Finanzen beigelegt habe, stets eine besonders hervorragende Stellung unter den Fachministerien eingenommen. Diese besondere Bedeutung sei auch durch einen Allerhöchsten Erlaß aus dem Anfang der constitutionellen Zeit ausdrücklich anerkannt, aus welchem aus Anlaß einer Differenz über die Erweiterung des Staatsbahnsystems bestimmt wurde, daß bei wichtigen finanziellen Fragen gegen die Stimme des Finanzministers ein Staatsministerialbeschluß nicht gefaßt werden kann, vielmehr Allerhöchste Entscheidung einzuholen ist. Seit Herr Camphausen mit dem Finanzministerium zugleich die Vicepräsidentschaft des Staatsministeriums verband, hätte sich dieses Uebergewicht der Finanzverwaltung weit über das sachlich gebotene Maß gesteigert. Namentlich in den letzten Jahren seiner Verwaltung, in denen die Mittel knapp wurden, seien auch vor der Landesvertretung nicht selten Erscheinungen hervorgetreten, welche auf eine die selbstständige Verantwortung der Fachminister wesentlich vermindernde Sondereinwirkung der Finanzverwaltung hindeuteten. Die natürliche Reaction sei denn nicht ausgeblieben, so daß der neue Finanzminister aus der Camphausen'schen Zeit nicht nur das Deficit und das Vorwalten von Popularitätsrücksichten, sondern auch überaus schwierige Ressortverhältnisse vorfinde. Bei dem Interesse des leitenden Staatsmannes für die Durchführung der Steuerreform, falle demnach dem Finanzminister die für das Gelingen des Planes besonders wichtige Stelle des Generalstabschefs zu. Einen Finanzmotive zu finden, sei keine leichte Aufgabe: es liege in der Natur der Sache, daß bei dieser Wahl die Person des Chefs des Schatzamts vor Allem in Betracht kommt, der auf dem Gebiet der Reichsfinanzen sich nicht nur als ein sachkundiger Berather, sondern auch als geschickter Ausführer der Bismarck'schen Ideen bei voller Hingabe an die Anschauungen des leitenden Staatsmannes bereits bewährt habe. Das genannte Blatt glaubt die Nachricht, daß Herr Scholz zum preußischen Finanzminister ausersehen sei, daher umsomehr aufrechterhalten zu können, während die Nachricht, Herr v. Rauchhaupt sei ernstlich in Frage, an innerer Unwahrscheinlichkeit leide. Für den voraussichtlichen Fall der Erledigung des Reichsschatzamts würden die in der Presse genannten Personen, Herr v. Mayr und der Präsident der Seehandlung, schwerlich ernstlich in Frage kommen, wahrscheinlich sei die Berufung eines Mannes an die leitende Stelle, welcher schon bisher in der Reichsfinanzverwaltung eine hervorragende Stellung einnahm.

Das fest so wohlbefestigte politische Ansehen des preußischen Ministers des Innern soll in letzter Zeit etwas ins Wanken gekommen sein. Die Liberalen könnten es nur aufrichtig bedauern, wenn Herrn v. Puttkamer's Sitz gefährdet würde. Kein Minister hat mehr als er dazu beigetragen, daß der conservative Hauch in überraschend kurzer Zeit schwächer und schwächer wurde, keiner hat durch die Art seiner Wahlkunststückchen den liberalen Parteien besseren Vorschub geleistet. In dieser letzteren Hinsicht ist Herr v. Puttkamer wirklich geradezu unschätzbar. Das Geschehenlassen des antisemitischen Hexentanzes in Berlin und der Fall Berling-Bennigsen in Lauenburg (welcher letztere dem Minister direct nicht zur Last gelegt werden soll) waren einige der sichtbaren Anzeichen, an denen sich die Abwendung der besten conservativen Elemente von der Methode der gegenwärtigen Regierung in Preußen feststellen ließ. Ein Minister, der dem Abgeordnetenhause rieth, „sich nicht den Kopf der Regierung zu zerbrechen", der die Beamten unterschiedslos als Wahlagitationsmittel benutzen zu können glaubte, der eine Rückwärtsrevidirung der Verwaltungsreform unmöglich machte, weil es ihm an einem greifbaren Plane für die Ausführung seiner Absichten fehlt, ein solcher Minister verrichtet, ohne es zu wissen und zu wollen, die Geschäfte der Liberalen, die ihn denn auch aufrichtig lieber an seinem jetzigen Platze sehen, als den energischen, maßvollen und staatsmännischen Grafen Bathy zu Eulenburg. Zur Stunde scheint sich das Unwetter, welches über seinem Haupte stand, wieder vertheilen zu sollen, und so begründet auch die Gerüchte sind, nach denen sich zwischen dem Kanzler und Herrn von Puttkamer eine Spannung ergeben habe, so ist doch die Lage nicht danach angethan, daß die Krise sich schon jetzt vollziehe. Insofern mögen die Freunde des Ministers des Innern immerhin darauf pochen, daß dessen Stellung gegen alle Erschütterungen gewahrt sei.

Die Caplanspresse hat es etwas eilig; sie will das Eisen schmieden, so lange es noch warm ist. So hält es das leitende Blatt der Pfaffenpartei, die in Berlin erscheinende, mit Jesuitenmoral redigirte „Germania", für angezeigt, den Reichskanzler zur Eile in Beendigung des Culturkampfes anzutreiben; auf dem jetzigen Wege sieht es die kirchliche Frage in Versumpfung und Schwäche ausarten. Für eine gründliche Abänderung der Maigesetze war nach Ansicht der „Germania" eine Mehrheit im Abgeordnetenhause vorhanden, allein der Kanzler zögerte. „Es ergreift uns zuweilen ein unheimliches Bangen, daß der Kanzler noch immer nicht die volle Tiefe der principiellen Gegensätze und die volle Schwere der Noth versteht, in die der Culturkampf uns gestürzt hat." Das Blatt droht, wenn nicht bald die Staatsgesetzgebung Wandel schaffe, so müsse die Kirche sich selbst helfen. „Daß eine Seelsorge auch gegen den Willen des Staates möglich ist und wie sie gegebenen Falles einzurichten wäre, haben die vergangenen Jahrhunderte in England und Irland, die Zeiten der französischen Revolution, die protestantischen Hugenotten nach der Aufhebung des Edicts von Nantes u. s. w. bewiesen." Das ist die Stimmung in ultramontanen Kreisen nach dem neuen „Friedensgesetz". Es geht wohl eine Ahnung durch diese Kreise, daß im nächsten Abgeordnetenhaus eine conservativ-clericale Mehrheit zur Verstümmelung der Maigesetze nicht mehr vorhanden sein wird; daher der Unmuth und die Unzufriedenheit, daß der Reichskanzler auf diesem Gebiet so wenig Eile gehabt.

Wir müssen die Caplanspresse heute noch einmal ins Gebet nehmen. Die „Germania" kommt immer wieder auf die Abstimmung über die Resolution v. Bennigsen in der Tabaksteuerfrage zurück und macht den Liberalen den Vorwurf, „mit vollem Bewußtsein die Resolution zu einer schwachen Mehrheit verurtheilt zu haben, um auf Kosten der Ruhe der Tabakindustrie ein plötzlich aufgetauchtes eigennütziges Parteimanöver auszuführen". Der Antrag v. Bennigsen war gestellt worden, weil der Windthorst'sche Antrag minder scharf und genau gefaßt war. Soweit seitens des Centrums als der Liberalen wurde im Uebrigen zugegeben, daß die beiden Anträge im Grund denselben Sinn und Zweck hätten. Der Bennigsen'sche Antrag kam nun zuerst zur Abstimmung, und daß er nur eine so kleine Mehrheit erhielt und seine Wirkung dadurch abgeschwächt wurde, daran trägt allein das Centrum die Schuld, indem es gegen den Antrag stimmte. Wäre der Antrag Windthorst zuerst zur Abstimmung gekommen, so hätten wahrscheinlich die Liberalen für denselben gestimmt. Parteikunststückchen und Fractions-Eifersüchteleien hat sich also lediglich das Centrum zu Schulden kommen lassen; und diese Partei hat es zu verantworten, wenn aus der geringen Mehrheit für den Antrag gegen jede weitere Beunruhigung der Tabakindustrie irrige Schlüsse gezogen werden.

Ueber das Befinden des Fürsten Bismarck waren in Berlin beunruhigende Gerüchte im Umlauf, die wohl durch die ungewöhnliche Art entstanden sind, in welcher der Kanzler sich durch den Reichsanzeiger die Nachsendung aller amtlichen und nichtamtlichen Schriftstücke in seine Varziner Sommerfrische verbeten hat. Von Personen aus der Umgebung des Fürsten Bismarck wird im Gegensatz hierzu mit aller Bestimmtheit versichert, daß Dessen Gesundheitszustand selten ein so guter gewesen, wie gerade gegenwärtig. Die obige Formel sei nicht wörtlich zu nehmen, die Nachsendung amtlicher Schriftstücke könne überhaupt nicht umgangen werden, und wenn dieselbe trotzdem nicht gewünscht werde, so habe der Kanzler damit nur der Belästigung durch Privatbriefe einen um so wirksameren Riegel vorschieben wollen. Es war von vornherein nicht anzunehmen, daß der leitende Staatsmann sich in eine Art von politischer Dornröschen-Einsamkeit zurückziehen und die Ereignisse, zumal die auswärtigen, theilnahmslos ihren selbstständigen Gang nehmen lassen sollte.

Die Hetzjagd, welche die Vollblut-Magyaren gegen das Deutschthum in Ungarn, besonders gegen die siebenbürger Sachsen unternehmen, hat die Sympathien für unsere mißhandelten Landsleute erfreulich gesteigert, wie die jetzt überall in Deutschland sich begründenden Zweigvereine des „Deutschen Schulvereins" beweisen. Augenblicklich verweilt nun der siebenbürgische Abgeordnete zum ungarischen Reichstag Herr Zay in Berlin und hielt am Montag in einer Sitzung des Deutschen Schulvereins einen sehr interessanten und belehrenden Vortrag über die Lage und die Aufgabe der deutschen Bevölkerung in Ungarn. Der Vortragende hob unter Anderem hervor, daß die Bestrebungen seiner Gesinnungsgenossen wie des Deutschen Schulvereins lediglich darauf hinausgingen, den Deutschen in Ungarn ihre Sprache und ihr Volksthum zu erhalten, keineswegs aber eine feindselige Richtung gegen den ungarischen Staat als solchen hätten. Als Gegensatz gegen den Deutschen Schulverein hat sich jetzt in Pest ein „Ungarischer Schulverein" gebildet; aber während der erstere nur den Zweck hat, die Deutschen außerhalb des Reiches dem Deutschthum zu erhalten und sie nach Kräften in ihren Bestrebungen, Deutsche zu bleiben, zu unterstützen, während der Charakter des „Deutschen Schulvereins" sowie ein wesentlich abwehrender, auf die Erhaltung des deutschen Volksthums, auf dessen Schutz gegenüber den Angriffen nichtdeutscher Volkselemente gerichteter ist, während dieser Verein blos die Deutschen ihrer Nationalität erhalten will und jede Eroberung unter fremdem Volksthum ihm fern liegt, strebt der „Ungarische Schulverein" nach seinen Satzungen die „Magyarisirung auf gesellschaftlichem Wege" an; er will nicht etwa die Magyaren ihrem magyarischen Volksthum erhalten, sondern die Deutschen zu Magyaren machen. Der Charakter dieses Vereins ist somit nach dem Wortlaut seiner eigenen Statuten ein angreifender, gegen das Deutschthum gerichteter, sein offen ausgesprochenes Ziel, das Deutschthum zu vernichten und in dem Magyarenthum aufgehen zu lassen.

Die serbische Regierung ist bei den bisher gemeldeten Maßnahmen zur Bekämpfung der Opposition nicht stehen geblieben. Der Verschärfung des Preßgesetzes ist ein Schritt zur Bekämpfung des parlamentarischen Streiks gefolgt. In der Skupschtina wurde am Dienstag eine Vorlage der Regierung eingebracht, wonach Abgeordnete, welche muthwillig ihr Mandat niederlegen, um die Arbeiten der Skupschtina zu unterbrechen, mit einer Geldstrafe von 1000 Dinars belegt werden sollen.

Der jugendliche Fürst von Bulgarien scheint plötzlich im Hitzig-Block zu Huld und Gnade gekommen zu sein. Die „Turquie" wenigstens widmet seiner Rückkehr nach Sofia ein großes Lob, welches mit dem Ausdrucke der Hoffnung schließt, der Fürst werde, durch die Nation unterstützt, entschlossen alle administrativen und ökonomischen Reformen in Angriff nehmen, welche die Fortentwickelung Bulgariens verbürgen. Alle unparteiischen Beurtheiler seien, fügt die „Turquie" hinzu, der Meinung, daß der Fürst in hohem Maße die erforderliche Einsicht und Energie besitze, um eine solche große Aufgabe durchzuführen. Woher dieser jähe Umschwung? Zugleich wird aus Sofia gemeldet, daß Fürst Alexander im Laufe des Sommers einen Besuch des Königs Milan von Serbien in Rustschuk empfangen wird, wo inzwischen das Haus, welches der Fürst daselbst bauen läßt, fertig gestellt sein wird. Gleichfalls im Laufe dieses Sommers wird sich der Fürst zu einem Besuche des Königs Carol von Rumänien nach Sinaia begeben. Im Herbste wird der Fürst längere Zeit in Schumla verweilen, wo eine größere Truppenzahl zu Uebungszwecken in einem Lager vereinigt werden wird. Am 1./13. Juli begiebt sich der Fürst nach Varna.

In dem Verlaufe der egyptischen Frage ist abermals eine Wendung zu verzeichnen. Die neuesten Nachrichten über den Stand der Krisis am Nil lassen, ohne gerade beunruhigend zu wirken, doch durchblicken, daß Etwas im Werke ist, was in den engen Rahmen der Conferenz-Berhandlungen wenig passen will. Die öffentliche Meinung, die Presse, ja selbst die Regierung von England sind ernstlich besorgt um den Suezcanal. Wie der Telegraph gestern mit einer wunderbaren Ausführlichkeit berichtet hat, setzt England umfassende Rüstungen ins Werk und sucht dieselben auch nicht einmal in der sonst wohl bei solchen Anlässen hergebrachten Weise zu beschönigen, sondern erklärt mit klaren Worten, daß die Sicherstellung der britischen Sonderinteressen in Egypten, d. h. die Ueberwachung des Suezcanals und damit des kürzesten Weges nach Indien, das Cabinet von St. James nöthige, so zu handeln, wie es gegenwärtig der Fall ist. Nach Anweisungen der neuesten Meldungen reichen sich die Regierungen des Mutterlandes und Indiens die Hand, um im gegebenen Augenblick fähig zu sein, auf der egyptischen Schaubühne mit einer Truppenmacht aufzutreten, welche von der „Times" auf 20,000 Mann veranschlagt wird. Es müssen sehr gewichtige Erwägungen auf die Entschlüsse Gladstone's gewirkt haben; denn das am Ruder befindliche Whigministerium hegte bekanntlich in früheren Tagen eine ausgesprochene Abneigung gegen bereits Thaten und übte in Afghanistan sowohl als auch am Cap gewissenhaft die „hands off-Politik", welche Disraeli's verschmitzte Taktlosigkeit bezüglich der Balkanländer aufdrängen wollte. Es scheint, als hätte die entschiedene Weigerung der Pforte, an den Vorkehrungen der Botschafterconferenz theilzunehmen, sowie die vom Sultan dem Khedive und Arabi Pascha gleichmäßig gespendeten Gunstbezeugungen den sehr conservativen Herren in London einen panischen Schrecken eingejagt. Herrn de Freycinet ist die Sache gewiß nicht weniger unangenehm als seinen englischen Collegen; allein in Paris hält man mit seinen diesbezüglichen Empfindungen hinterm Berge zurück. Frankreich hat ein sehr bestimmtes Interesse daran, die Conferenz ungestört arbeiten zu lassen und rechnet auf dem Einvernehmen der Mächte für sich ein günstiges Ergebniß heraus, während England beim Sultan alle Geltung verloren hat und in der Conferenz vereinsamt dasteht. Eine englische Action am Nil wäre den vorn herein lediglich auf ihre eigenen Hilfsquellen angewiesen. Das ist ein Umstand, der dem englischen Säbelgerassel ein gutes Theil seiner Bedenklichkeit raubt. Zur Erheiterung der Conferenzarbeit trägt er allerdings in keinem Falle bei. — Der Zufall will es, daß gerade jetzt die griechischen Politiker sich erinnern, daß sie auch noch in der Welt sind, und daß in Egypten genug griechische Staatsangehörige leben, um vielleicht zum Gegenstand legitimer Besorgnisse für die Regierung des Herrn Trikupis zu machen. Ein Athener Correspondent wollte sogar schon wissen, daß Griechenland von den Mächten mit einem Auftrag zur Besetzung Egyptens betraut werden würde! Andere bringen die Thatsache, daß Griechenland sich eifrig